



«Plan Maghreb» geht nicht auf

Die Genfer Rückkehrhilfe für Kleinkriminelle wird kaum in Anspruch genommen

Von Seraina Gross, Genf

Als Fast-Enklave in Frankreich in der Nähe französischer Problemstädte wie Lyon leidet Genf ganz besonders stark unter Kleinkriminellen aus dem Maghreb. Auf ein paar Hundert wird die Zahl der mehrfach rückfälligen Maghrebener geschätzt, welche der Bevölkerung, der Polizei und der Justiz das Leben schwer machen. Sie stehlen und dealen, sie werden aufgegriffen, verbringen ein paar Tage im Gefängnis Champ-Dollon, bevor sie wieder auf die Strasse entlassen werden, weil sie nicht in ihr Herkunftsland zurückgeführt werden können.

Aus Genf kam deshalb auch vor einem Jahr der höchst umstrittene Vorschlag, mehrfach rückfällig gewordene maghrebische Dealer und Diebe mithilfe einer Rückkehrhilfe von 4000 Franken, bestehend aus 1000 Franken Reisegeld und 3000 Franken Reintegrationshilfe, zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen. Die Idee bestand darin, den Rückkehrern den Weg zu einer Ausbildung oder zu einem eigenen Geschäft zu ermöglichen. Bedingung: Die Projektteilnehmer müssen ihre Identität preisgeben, ihre Daten werden ins Schengen-Informationssystem eingespielen. Das Geld würde zu-

dem nicht an die Rückkehrwilligen gehen, sondern an eine Nichtregierungsorganisation. Der «Plan Maghreb» sollte auch Rückführungen in Länder möglich machen, mit denen die Schweiz kein Rückübernahmeabkommen hat.

Das als «Plan Maghreb» bekannt gewordene Projekt hatte damals erwartungsgemäss einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Die Rechte sprach von einer Einladung an Kriminelle, nach Genf zu kommen, und selbst der nachmalige freisinnige Parteipräsident Philipp Müller übte Kritik an seiner Parteikollegen, der verantwortlichen Genfer Sicherheitsdirektorin Isabel Rochat. Die ersten Zahlen zum «Plan Maghreb» allerdings schienen der Sicherheitsdirektorin recht zu geben. Im April war davon die Rede, dass die Rückkehrhilfe bereits fast ein Dutzendmal in Anspruch genommen worden sei.

Bloss acht Rückkehrer

Nun, gut ein Jahr nach dem Start des Programms, mehren sich die Anzeichen, dass es mit dem «Plan Maghreb» nicht nach Plan läuft. Das Ziel der Rückkehr von dreissig Algeriern innert Jahresfrist wurde bei Weitem verfehlt, wie das Westschweizer Fernsehen am Sonntagabend wusste. Nur acht Algerier hätten bis jetzt die Rückkehrhilfe in An-

spruch genommen. Sandro de Luca vom Comité international pour le développement des peuples (Cisp), der von Genf mit der Durchführung der Projekts beauftragten Nichtregierungsorganisation in Rom, erklärte die schwache Beteiligung mit den Schwierigkeiten, ein Projekt auf die Beine zu stellen. Es sei schwierig, in Algerien ein Geschäftsidee zu realisieren, sagte Sandro de Luca. Unklar blieb der Verbleib der acht bisherigen algerischen Rückkehrhilfebezügler. Das Cisp sei keine Polizei, es könne die Rückkehrer nicht gegen deren Willen kontrollieren, sagte Sandro de Luca.

Nachfolger Maudet schweigt

Wie weiter also mit dem «Plan Maghreb»? Beantworten könnte die Frage Pierre Maudet, im Juni gewählter Staatsrat und Nachfolger von Isabel Rochat an der Spitze des Genfer Sicherheitsdepartements. Doch Pierre Maudet schweigt zum «Plan Maghreb», seit er sein Amt übernommen hat, und auch bei anderen involvierten Stellen dringt nichts nach aussen.

Das Westschweizer Fernsehen wusste, dass Pierre Maudet mit dem Bundesamt für Migration in Verbindung steht, das seinerseits Reisegelder in der Höhe von 500 Franken und Rückkehrhilfen über maximal 2000 Franken auszahlt.